

N i e d e r s c h r i f t R A T / V I I / 0 9

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 15.09.2005 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor

Branse, Martin

Everding, Klara

Fedder, Ralf

Fliß, Thomas

Haßler, Christa

(bis Ende ö.S.)

Henken, Theodor

Isfort, Mechthild

Kuhl, Horst

Löchtefeld, Klaus

Mensing, Hartwig

Neumann, Michael

Newman, Claudia

Niehues, Hubert

Reints, Hermann

Riermann, Günter

Rottmann, Josef

Schröer, Martin

Schulze Baek, Franz-Josef

Sippli, Manfred

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

Tendahl, Ludgerus

Weber, Winfried

Wessendorf, Ulrich

Wünnemann, Werner

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Fachbereichsleiter

Isfort, Werner

Fachbereichsleiter

Roters, Dorothea

Schriftführerin

Als Gäste

Evers

Sparkasse Westmünster-
land

Kraft

Sparkasse Westmünster-

Terhöst land
Sparkasse Westmünster-
land

Es fehlten entschuldigt:

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 23:55 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Herren Evers, Terhörst und Kraft als Vertreter der Sparkasse Westmünsterland, den Referenten Herrn Günther vom Pestel-Institut sowie den Vertreter der Presse, Herrn Wittenberg.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 06. September 2005 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Fachbereichsleiter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Vorstellung der Studie des Pestel Institutes zur Entwicklung der Bevölkerung, der Beschäftigung und des Wohnungsmarktes in der Gemeinde Rosendahl bis 2020

Vorlage: VII/201

Vor Einstieg in diesen Tagesordnungspunkt führte Herr Evers als Vertreter der örtlichen Sparkasse Westmünsterland, Geschäftsstelle Osterwick, in die Thematik ein. Angesichts des Mangels an Analysedaten zur demographischen Entwicklung und deren Folgen auf kommunaler Ebene sei es ein besonderes Anliegen der Sparkassenverbände des Westmünsterlandes gewesen, diese Lücke zu schließen. Daher habe man das renommierte Pestel-Institut für Systemforschung e.V. in Hannover mit dieser Untersuchung betraut. Im Auftrage der Sparkasse Westmünsterland seien auch die Daten für die Gemeinde Rosendahl erhoben und ausgewertet worden. Im Rahmen der anstehenden Ratssitzung sollten nunmehr diese örtlich relevanten Ergebnisse dem Rat der Gemeinde Rosendahl vorgestellt werden.

Anschließend wurden die angesprochenen Ergebnisse von einem der verantwortlichen Mitarbeiter der Studie, Herrn Günther vom Pestel-Institut, anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich dargestellt. Die Pestel-Studie ist dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt.

Im Anschluss an diesen Vortrag ergaben sich noch einige Fragen der Ratsmitglieder.

Ratsmitglied Fliß fragte nach, ob die rückläufigen Vermarktungszahlen für Rosendahler Grundstücke auf ein fehlendes Angebot an Grundstücken oder auf eine mangelhafte Infrastruktur Rosendahls zurückzuführen seien.

Herr Günther äußerte die auf Erfahrungswerten basierende Auffassung, dass eine mangelhafte Infrastruktur weniger ausschlaggebend sei, als immer angenommen würde. Das wichtigste Entscheidungskriterium für Bauwillige sei immer noch ein niedriger Verkaufspreis. Dies würde in Rosendahl sicher erfüllt, so dass es für die

stagnierende Vermarktungsentwicklung andere Gründe geben müsse, die er aber nicht kennen würde.

Bürgermeister Niehues ergänzte die Nachfrage um den Zusatz, ob zu starre Bauvorschriften bei der Realisierung eines Bauvorhabens möglicherweise Ursache für die angesprochene Problematik sein könnten. Dies wurde von Herrn Günther bestätigt, da Vorschriften grundsätzlich attraktivitätsmindernd wirkten. In diesem Zusammenhang wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass es unter TOP 15 des öffentlichen Teils der Ratssitzung speziell um eine Lockerung dieser Vorschriften ginge.

Ratsmitglied Neumann fragte nach, ob eine Tendenz zur sog. „Stadtflucht“ zu verzeichnen sei. Herr Günther verneinte dies, schränkte allerdings ein, dass im Alter eine Stadt mit entsprechenden Dienstleistungsangeboten attraktiver sein könnte, falls im ländlichen Bereich vergleichbare – auch mobile – Angebote weiterhin fehlten.

Ratsmitglied Schröder erkundigte sich, wie die Zwickmühle zwischen der abnehmenden Nachfrage nach Grundstücken bei gleichzeitigem Bedarf an Wohnraum gelöst werden könne. Ratsmitglied Kuhl ergänzte die Nachfrage um den Aspekt, wie die vorhandene Infrastruktur ein gewünschtes Bevölkerungswachstum verkraften solle. Herr Günther riet dazu, die Gesetze der Marktregulierung wirken zu lassen und eine bestimmte Zahl an Ein- und Mehrfamilienhäusern – und zwar nur so viel, wie die Gemeinde verkraften könne und wolle – zukünftig vorzuhalten. Ein der Infrastruktur angepasstes Wachstum der Gemeinde sei optimal.

Ratsmitglied Weber wünschte zu wissen, ob auch Aussagen über die Entwicklung der einzelnen Rosendahler Ortsteile vorlägen. Herr Günther verneinte dies; aufgrund mangelnder Daten könnten keine verlässlichen Prognosen getätigt werden.

Ratsmitglied Mensing erkundigte sich, ob angesichts der demographischen Entwicklung vermehrt der Bau von Mehrfamilienhäusern zu forcieren sei. Herr Günther bestätigte dies, fügte jedoch einschränkend hinzu, dass der Aufbau von Serviceangeboten gleichrangig zu verfolgen sei und dass diese Leistungen auch Bewohnern von Einfamilienhäusern angeboten werden könnten.

Ratsmitglied Wünnemann äußerte sich dahingehend, dass die weitere Ansiedlung von Industrie und Gewerbe ebenso wichtig sei. Dies bestätigte Herr Günther, wies aber darauf hin, dass auch langfristig ein ausgeglichener Pendlersaldo für Rosendahl kaum zu erreichen sei.

Ratsmitglied Everding fragte nach, wie junge Menschen zum Bauen motiviert werden könnten. Herr Günther wies darauf hin, dass die wirtschaftliche Lage insgesamt günstiger sei, als sie gemeinhin wahrgenommen würde und eine entsprechende Nachfrage im Laufe der Zeit zu erwarten sei.

Bürgermeister Niehues bat Herrn Günther zu erläutern, welche weitere Vorgehensweise bezüglich der Ausweisung von Baugebieten seiner Ansicht nach sinnvoll sei. Herr Günther riet, genügend Flächen zu überplanen, damit dann in einem weiteren Schritt bei Bedarf neue Baugebiete erschlossen werden könnten. Er hielt es zudem für sehr wichtig, dass ein bestimmter Anteil davon in öffentlicher Hand läge.

Abschließend dankte Bürgermeister Niehues dem Referenten für den informativen Vortrag und den Vertretern der Sparkasse Westmünsterland für die finanzielle Ermöglichung der Studie.

3 **1. Finanzausschussbericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Jahr 2005**
Vorlage: VII/202

Fachbereichsleiter Isfort erläuterte anhand einer Präsentation den Finanzausschussbericht, der allen Ratsmitgliedern zudem in Kopie ausgehändigt wurde.

Ratsmitglied Weber erkundigte sich nach der Ursache für die feststellbaren Abweichungen von den geplanten Ansätzen hinsichtlich des Gewerbesteueraufkommens. Fachbereichsleiter Isfort erläuterte, dass dies mit den zeitlich versetzten Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen und den Finanzausgleich zusammenhänge; hier seien langfristige Auswirkungen der Vorauszahlungen im Gewerbesteuerbereich nicht abschätzbar.

Ratsmitglied Fliß fragte nach, ob die hohe Erstattung im Asylbewerberbereich nicht absehbar gewesen sei. Bürgermeister Niehues erklärte, dass diese Erstattung lange strittig und es daher keineswegs zu erwarten gewesen sei, dass das Urteil günstig für die betroffenen Kommunen ausfallen würde.

Ratsmitglied Schulze-Baek erkundigte sich, wer für die verhängte Haushaltssperre bezüglich der Unterhaltung der Wirtschaftswege verantwortlich sei und warum dies veranlasst wurde. Bürgermeister Niehues erklärte, dass diese Haushaltssperre von ihm verhängt worden und zunächst nur eine Maßnahme sei, um ggf. bei einer Gefährdung des Haushaltsausgleichs eingreifen zu können. Es werde aber für 2006 eine entsprechende Rückstellung nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement berücksichtigt, so dass die Maßnahmen im kommenden Jahr durchgeführt werden könnten.

Ratsmitglied Steindorf merkte an, dass eine entsprechende Information darüber früher hätte erfolgen sollen. Die Ratsmitglieder sollten sowohl über negative als auch positive Entwicklungen frühzeitig in Kenntnis gesetzt werden.

4 **Antrag des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick e.V. auf Übernahme zusätzlich entstehender Materialkosten und der Einrichtungskosten für die Erweiterung und Modernisierung des Umkleidegebäudes im Sportzentrum Holtwick**
Vorlage: VII/182

Bezug: Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2005, TOP 3 ö.S.

Zu Beginn der Beratung verlas Bürgermeister Niehues den von der SPD-Fraktion zur Sitzung eingereichten Beschlussvorschlag, der dieser Niederschrift als **Anlage II** beigelegt ist und im wesentlichen folgenden Inhalt hatte: Die Gemeinde solle zur Finanzierung der Materialkosten für die Erweiterung und Modernisierung des Umkleidegebäudes einen weiteren Betrag in Höhe von bis zu 25.000,00 € übernehmen. Außerdem solle die Gemeinde einen weiteren Betrag von bis zu 20.000,00 € zur Finanzierung der Kosten für die Einrichtung der Umkleideräume, des Versammlungsraumes und des Vorstandszimmers für den Sportverein Schwarz-Weiß Holtwick übernehmen; dieser Betrag solle dann durch den Sportverein in zehn gleichen Jahresraten an die Gemeinde zu erstatten sein. Die weiteren Regelungen des Be-

schlussvorschlages der SPD-Fraktion entsprachen dem ursprünglichen Beschlussvorschlag.

Ratsmitglied Branse ergänzte den Vorschlag der SPD-Fraktion um den Hinweis, dass es Ziel sei, die Baumaßnahme nicht zu gefährden.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Neumann erklärte Bürgermeister Niehues, dass der Sportverein nach eigener Auskunft bei der Fertigstellung des Neubaus und der Sanierung des bestehenden Gebäudeteils keine Einsparpotenziale sähe. Nur durch einen Verzicht auf die geplante Neuverblendung des Altbaus könne eingespart werden.

Für die WIR-Fraktion gab Ratsmitglied Neumann bekannt, dass dem ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt werden könne, da er eine Einsparung im Bereich der Verblendung für unwirtschaftlich hielte. Er hätte sich allerdings eine frühzeitigere Information seitens des Sportvereines über die Erhöhung der Kosten gewünscht.

Ratsmitglied Schulze-Baek fragte nach, ob eine weitere Erhöhung des Kreditvolumens, wie dies im Vorschlag der SPD-Fraktion vorgesehen sei, vom Verein bewältigt werden könne. Bürgermeister Niehues erklärte, dass er den SPD-Vorschlag mit dem Vorsitzenden des Sportvereines Schwarz-Weiß Holtwick erörtert habe. Herr Schulenkorf habe ganz eindeutig erklärt, dass der Verein bei Gewährung eines weiteren Darlehens von 20.000,00 € für die Einrichtung die jährliche Tilgung von 4.000,00 € für beide Darlehen nicht aufbringen könne. Als noch tragbar wurde folgender Vorschlag angesehen: Der Verein erhalte für die Einrichtung einen Betrag von 10.000,00 € als Zuschuss und darüber hinaus einen Betrag von 5.000,00 € als Darlehen, der dann in zehn gleichen Raten zurückzuzahlen bzw. mit laufenden Zuschüssen der Gemeinde zu verrechnen sei. Die jährliche Tilgung betrage dann 2.500,00 €, was für den Verein maximal zu tragen sei. Die verbleibenden 5.000,00 € des ursprünglich beantragten Zuschusses wolle der Verein durch Eigenleistung bzw. eine Reduzierung der Anzahl der Stühle und Tische einsparen.

Herr Branse erklärte daraufhin, dass sein Vorschlag so zu verstehen sei, dass die Tilgung der 20.000,00 € für die Einrichtung erst dann erfolgen solle, wenn das erste Darlehen von 20.000,00 € vollständig getilgt sei, also erst nach 10 Jahren, so dass der Sportverein über 20 Jahre jährlich nur 2.000,00 € aufbringen müsse.

Für die GRÜNE-Fraktion formulierte Ratsmitglied Weber die Haltung, dass keine weitere Kreditvereinbarung geschlossen werden sollte. Vielmehr solle dem ursprünglichen Beschlussvorschlag gefolgt werden. Er verband dies aber mit dem Hinweis, dass dies der letzte Zuschuss sein solle, der dem Verein hierfür gewährt werde. Auch er kritisierte, dass der Sportverein zu spät auf die finanziellen Engpässe hingewiesen habe.

Für die CDU-Fraktion formulierte Ratsmitglied Steindorf einen weiteren Beschlussvorschlag. Dieser sah vor, dass die beantragten 25.000,00 € dem Sportverein uneingeschränkt zur Verfügung stehen sollten, über die weiteren 20.000,00 € für die Einrichtung aber erst im Haushaltsjahr 2006 beraten werden sollte. Auf diese Weise könne der Bau fertiggestellt werden und die Ansprüche auf die Zuschüsse wären gesichert.

In diesem Zusammenhang wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass vor Anfang Februar 2006 nicht mit der Einbringung des Haushalts 2006 zu rechnen sei, da zunächst die Daten des GFG abgewartet werden müssten. Diese lägen voraussichtlich erst im Januar 2006 vor. Der Haushaltsplan werde daher wohl nicht vor März 2006 beschlossen. Der Neubau des Sportheimes (Umkleidekabinen und Versammlungs-

raum) werde aber voraussichtlich Anfang Dezember 2005 fertiggestellt. Der Verein könne die neuen Räume jedoch ohne Mobiliar nicht nutzen. Er appellierte daher an alle Ratsmitglieder, noch in dieser Sitzung auch eine Entscheidung über den Zuschuss für die Einrichtung zu treffen und auf den Vorschlag über 10.000,00 € Zuschuss und 5.000,00 € Darlehen für das Mobiliar einzugehen.

Ratsmitglied Kuhl schlug sodann für die CDU-Fraktion vor, den Antrag des Sportvereines Schwarz-Weiß Holtwick auf einen Zuschuss für die Inneneinrichtung des Sportheimes in Höhe von 20.000,00 € zunächst abzulehnen. Dem Sportverein solle aufgetragen werden, eine detaillierte und vollständige Auflistung des tatsächlichen Bedarfs für die Inneneinrichtung zu erstellen. Auf dieser Grundlage soll dann abschließend über den Antrag entschieden werden. Der Sportverein könne bis dahin zunächst das vorhandene Mobiliar noch weiter nutzen.

Im Anschluss wurde noch eingehend darüber diskutiert, in welcher Höhe und in welcher Form der Zuschuss für die Einrichtung gewährt werden solle.

Für die GRÜNE-Fraktion formulierte Ratsmitglied Weber den Beschlussvorschlag, dem Sportverein für die Inneneinrichtung 15.000,00 € zu gewähren, wovon 5.000,00 € als Kredit an den Sportverein anzusetzen seien. Diesem Beschlussvorschlag konnte sich Ratsmitglied Mensing für die WIR-Fraktion anschließen.

Es wurde beschlossen, über die beiden vom Sportverein getrennt beantragten Summen auch getrennt abzustimmen.

Der Rat fasste im ersten Schritt (Baukosten) folgenden **Beschluss**:

Die Gemeinde Rosendahl übernimmt gegenüber dem Sportverein Schwarz-Weiß Holtwick e.V. zur Finanzierung der Materialkosten für die Erweiterung und Modernisierung des Umkleidegebäudes im Sportzentrum Holtwick einen weiteren Betrag in Höhe von bis zu 25.000 €. Im übrigen gelten die Regelungen des zwischen der Gemeinde Rosendahl und dem Sportverein Schwarz-Weiß Holtwick e.V. am 12. Februar 2004 geschlossenen Bauvertrages (vgl. Beschluss des Gemeinderates vom 29.01.2004).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sodann ließ Bürgermeister Niehues im zweiten Schritt über die unterschiedlichen Beschlussvorschläge hinsichtlich der Einrichtungskosten wie folgt abstimmen:

Zunächst wurde über den Beschlussvorschlag der GRÜNE-Fraktion und der WIR-Fraktion abgestimmt, der einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 € und einen Kredit in Höhe von 5.000,00 € vorsah.

Abstimmungsergebnis:
10 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Damit war der Antrag **abgelehnt**.

Sodann wurde über den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion abgestimmt, der ein weiteres Darlehen in Höhe von 20.000,00 € vorsah.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

17 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit war der Antrag **abgelehnt**.

Sodann fasste der Rat, entsprechend dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion, folgenden **Beschluss**:

Der Antrag des Sportvereines Schwarz-Weiß Holtwick, einen Zuschuss für die Inneneinrichtung des Sportheimes in Höhe von 20.000,00 € zu erhalten, wird vorläufig abgelehnt. Dem Sportverein wird aufgetragen, eine detaillierte und vollständige Auflistung des tatsächlichen Bedarfs für die Inneneinrichtung zu erstellen. Auf dieser Grundlage wird dann abschließend über den Antrag entschieden.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
 11 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Ergänzend bat Ratsmitglied Fliß um eine kontinuierliche Information seitens des Sportvereines und der Verwaltung über den Sachstand bezüglich der Baufortschritte und über die aktuelle Kostenentwicklung. Dieses wurde von Bürgermeister Niehues zugesagt.

5 Zukünftige rechtliche und organisatorische Strukturen für die Bereiche 'Wasserwerk' und 'Abwasserwerk' im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)
Vorlage: VII/177

Bezug: Sitzung des Werksausschusses vom 25.08.2005, TOP 3 ö.S.

Vor Eintritt in diesen Tagesordnungspunkt stellte Ratsmitglied Branse den Antrag, die TOP 5, 6 und 7 gemeinsam zu beraten, da ein sachlicher Zusammenhang bestünde.

Nach eingehender Diskussion wurde über diesen Antrag abgestimmt.

Der Antrag wurde mit 10 Ja-Stimmen und 17-Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Bürgermeister Niehues stellte daraufhin den Beschlussvorschlag, wie er seitens des Werksausschusses formuliert worden war, vor.

Es wurde sodann beschlossen, über die beiden Beschlusspunkte einzeln abzustimmen.

Der Rat fasste folgenden **Beschluss**:

Die Auflösung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk“ und des Eigenbetriebes „Wasserwerk“ zum 31.12.2005 und deren zukünftige Führung als Regiebetrieb im Rahmen des gemeindlichen (NKF-)Haushaltes wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

Anschließend fasste der Rat den weiteren **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierzu erforderlichen Schritte, wie sie in der Sitzungsvorlage zur Werksausschusssitzung vom 22.06.2005, TOP 4 ö.S. dargelegt sind, einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Erlass einer Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzungen für das Abwasserwerk und das Wasserwerk
Vorlage: VII/181

Bezug: Sitzung des Werksausschusses vom 25.08.2005, TOP 3 ö.S. und des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2005, TOP 5 ö.S.

Nach kurzer Diskussion, in der Ratsmitglied Branse sich ablehnend gegenüber dem Beschlussvorschlag äußerte, stellte er den Antrag auf geheime Abstimmung. Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass sich hierfür mindestens ein Fünftel des Rates, also 6 Ratsmitglieder, aussprechen müssten.

Dieser Antrag wurde mit der notwendigen Stimmenmehrheit **angenommen**.

Daraufhin schlug Bürgermeister Niehues als Stimmenauszähler Fachbereichsleiter Gottheil und Schriftführerin Roters vor. Diese Vorschläge wurden zustimmend angenommen.

Daraufhin wurde der Beschlussvorschlag von Bürgermeister Niehues verlesen.

Der Rat fasste daraufhin in geheimer Abstimmung folgenden **Beschluss**:

Die Satzung der Gemeinde Rosendahl zur Aufhebung der Betriebssatzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abwasserwerk und den Eigenbetrieb Wasserwerk wird in der als **Anlage III** zum Protokoll beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

**7 Festlegung von Produkten und Wertgrenzen im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)
Vorlage: VII/204**

Bezug: Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2005, TOP 6 ö.S.

Nach kurzer Diskussion, in der Ratsmitglied Branse erneut Bedenken geltend machte, fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

1. Als Grundlage für die Haushaltsplanung und den Jahresabschluss im Rahmen des NKF werden insgesamt 60 Produkte, entsprechend der in der Anlage I zur Sitzungsvorlage des HFA vom 08.09.2005 (TOP 6.0 ö.S.) aufgeführten Gliederung gebildet.
2. Unter Beachtung des vom Innenministerium NRW verbindlich festgelegten Produktrahmens mit insgesamt 17 Produktbereichen erfolgt die künftige Haushaltsplanung und Rechnungslegung auf der Grundlage der gebildeten Produkte. Sowohl bei der Haushaltsplanung als auch der Rechnungslegung sind in der Ergebnisplanung/-rechnung bzw. Finanzplanung/-rechnung neben dem Gesamtergebnis auch Teilergebnisse je Produktbereich und je Produkt abzubilden.
3. Die Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen nach § 41 Abs. 1 Buchstabe h) GO wird auf 5.000,00 € festgelegt.
4. Die Verwaltung hat im Rahmen des Jahresabschlusses eine Teilbilanz für die Produkte „Wasser“ und „Abwasser“ zu erstellen und dem Rat jährlich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

**8 Bebauungsplan "Niehoff's Kamp" im Ortsteil Osterwick
hier: Vorstellung eines Planentwurfes und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen
Vorlage: VII-167**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 2.5 ö.S.

Bürgermeister Niehues wies zunächst darauf hin, dass der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss in seiner letzten Sitzung diesen Tagesordnungspunkt bereits vorberaten habe, die Beschlussfassung aber in der heutigen Ratsitzung erfolgen solle. Anhand einer Folie stellte er dann den Planentwurf für das geplante Baugebiet „Niehoff's Kamp“ vor.

Nach kurzer Diskussion über die Festlegung der Firstrichtung fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

Der Entwurf des Bebauungsplanes „Niehoffs Kamp“ im Ortsteil Osterwick mit Begründung nebst Umweltbericht wird zur Kenntnis genommen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der

Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

**9 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Averdiek" im Ortsteil Osterwick;
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VII/168**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 3 ö.S.

Anhand einer Folie erläuterte Bürgermeister Niehues die geplante Änderung der Baugrenzen und deren Begründung.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Averdiek“ im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 13 BauGB, entsprechend dem der Sitzungsvorlage (Anlage zur Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses v. 01.09.2005) beigefügten Entwurf, durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 Bebauungsplan "Ziegelei" im Ortsteil Osterwick
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2
Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10
BauGB
Vorlage: VII/169**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 5 ö.S.

Seitens der CDU-Fraktion wurde hierzu ein geänderter Beschlussvorschlag vorgelegt, der in der Sitzung von Ratsmitglied Rottmann verlesen wurde. Dieser sah vor, dass dem Wunsch des Eigentümers auf Errichtung einer Betriebswohnung gefolgt werden solle.

Zunächst wurden eingehend die Vor- und Nachteile dieses Vorschlags diskutiert.

Bürgermeister Niehues wies in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass das Staatliche Umweltamt (StUA) Bedenken gegen eine Betriebsleiterwohnung erhoben habe und eine Änderung des Beschlussvorschlages zur Folge hätte, dass der zukünftig ggf. eingehende Antrag eines möglicherweise später angesiedelten Gewerbebetriebes auf Errichtung einer Betriebswohnung ebenfalls genehmigt werden müsse und es dann zu Konflikten mit den vorhandenen Gewerbebetrieben kommen könne.

Ratsmitglied Weber gab ebenfalls zu bedenken, dass die Gefahr bestünde, in Zu-

kunft ggf. für einen weiteren Betrieb ungesunde Wohnverhältnisse zu schaffen. Er plädiert daher dafür, dem ursprünglichen Beschlussvorschlag zu folgen. Auch Ratsmitglied Henken schloss sich diesen Bedenken an.

Ratsmitglied Mensing äußerte die Auffassung, dass seitens der Gemeinde keine engen Regelungsvorschriften gemacht werden sollten; im Falle eines Konfliktes könnten zivilrechtliche Wege zur Lösung gefunden werden.

Nach ausgiebiger Diskussion fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Die geäußerten Bedenken des Staatlichen Umweltamtes Münster bzgl. der ausnahmsweisen Zulässigkeit von Betriebswohnungen im Plangebiet werden zur Kenntnis genommen.

Aufgrund der Tatsache, dass innerhalb des Plangebietes verschiedene Betriebe zugelassen werden können, ist die Möglichkeit auszuschließen, dass diese Betriebe jeweils einen Antrag auf Zulassung einer Betriebswohnung stellen könnten und daraus theoretisch ein Immissionskonflikt mit der geplanten Nutzung „Lagerung und Aufbereitung von Bauschutt“ entstehen könnte.

Das Plangebiet befindet sich im Besitz des Betreibers des geplanten Bauschuttzubereitungsbetriebes, dessen Betriebsverlagerung in das Plangebiet ein vorrangiges Planungsziel darstellt. Der Betreiber hat im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes die Notwendigkeit der Errichtung einer "Betriebsleiterwohnung" bzw. einer „Wohnung für Aufsichtspersonal“ aus betrieblichen Gründen deutlich gemacht.

Da das vorrangige Ziel des Bebauungsplanes gerade in der Entwicklung eines neuen Standortes für diesen Bauschuttzubereitungsbetrieb besteht, soll dessen betrieblichen Interessen im Plangebiet vorrangig gefolgt werden. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ist seitens des Betriebes nachzuweisen, dass durch die beabsichtigte Nutzung (Lagerung und Aufbereitung von Bauschutt) keine ungesunden Wohnverhältnisse für die „betriebseigene“ Wohnnutzung entstehen.

Im Hinblick auf die vom Staatl. Umweltamt beschriebenen möglichen Immissionskonflikte mit „Betriebswohnungen“ anderer im Plangebiet angesiedelter Betriebe, wird davon ausgegangen, dass der Bauschuttzubereitungsbetrieb als Eigentümer des Plangebietes durch eine entsprechende Auswahl der weiteren im Plangebiet anzusiedelnden Nutzungen den angesprochenen Konflikten vorbeugt.

Im übrigen wird den Beschlussvorschlägen (Anlagen I und III zur Sitzungsvorlage für den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vom 01.09.2005, TOP 5.0 ö.S.) zugestimmt.

Der Bebauungsplan „Ziegelei“ mit dazugehöriger Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

- 11 **35. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick (Bereich 1. Erweiterung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick") hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch sowie Feststellungsbeschluss Vorlage: VII/170**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 6 ö.S.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses (PIBUA) und fasste folgenden **Beschluss:**

Die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick nebst Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Legdener Straße/Kirchstraße" im Ortsteil Holtwick
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 Baugesetzbuch
Vorlage: VII/171**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 7 ö.S.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses (PIBUA) und fasste folgenden **Beschluss:**

Das Verfahren zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Legdener Straße/Kirchstraße“ im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 13 BauGB, entsprechend dem der Sitzungsvorlage (Anlage zur Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses v. 01.09.2005) beigefügten Entwurf, durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13 36. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick
(Bereich 7. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", OT Holtwick)
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: VII/172**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 8 ö.S.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses (PIBUA) und fasste folgenden **Beschluss:**

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick nebst Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

14 7. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB Vorlage: VII/173

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 9 ö.S.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses (PIBUA) und fasste folgenden **Beschluss:**

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ mit dazugehöriger Begründung nebst Umweltbericht wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

15 Aufstellung von Bebauungsplänen hier: Aussprache über Festsetzungen gem. § 86 Bauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NW) in Verbindung mit § 9 Baugesetzbuch (BauGB) Vorlage: VII/174

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005, TOP 10 ö.S.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

Die in der Anlage I zur Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 01.09.2005 aufgeführten Festsetzungen werden als Grundlage für die Aufstellung zukünftiger Bebauungspläne beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

16 Aufstellung einer Prioritätenliste für den Bau von Radwegen an Kreisstraßen im Gebiet der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VII/196

Bezug: Sitzung des PIBUA vom 01.09.2005, TOP 13 ö.S.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

Für das künftige Radwegebauprogramm des Kreises Coesfeld werden für die Gemeinde Rosendahl, insbesondere auch vor dem Hintergrund einer weitgehend sicheren Schülerbeförderung, in Ergänzung der noch bestehenden Prioritätenliste folgende Maßnahmen gemeldet; die Reihenfolge der nachstehenden Maßnahmen stellt auch die Dringlichkeit im Einzelnen dar:

Maßnahme 1: K 41, 1. Teilabschnitt von K31 (Midlicher Straße) bis K42 (Abzweig Varlar)	ca. 2.100 m
Maßnahme 2: K 34, 1. Teilabschnitt von Ringstraße bis Bahnlinie	ca. 350 m
Maßnahme 3: K 41, 2. Teilabschnitt von Abzweig Varlar bis B 474	ca. 2.500 m
Maßnahme 4: K 41, 3. Teilanschnitt von B 474 bis Abzweig Stockum, Coesfeld (nähe L 571)	ca. 3.400 m
Maßnahme 5: K 32, „Lückenschluss“ von L 571 (Holtwicker Straße) bis K 41 /Midlicher Straße	ca. 900 m
Maßnahme 6: K 34, 2. Teilabschnitt von Bahnlinie bis ehemalige Schule Hegerort	ca. 2.200 m
Maßnahme 7: K 37, von K 36 (up de Rieth) bis Abzweigung Jägerheide	ca. 1.300 m

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17 Antrag der CDU-Fraktion vom 30.08.2005 auf interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Billerbeck
Vorlage: VII/194

Vor der Beratung der TOP 17 bis 21 wurde von den Ratsmitgliedern zunächst kontrovers diskutiert, in welchem Umfange Anträge im Rat vorab beraten werden sollten, bevor diese ggf. an den jeweiligen Fachausschuss weiter verwiesen würden. Abschließend wurde festgehalten, dass jede Fraktion die Möglichkeit haben solle, den eigenen Antrag kurz zu begründen, bevor über die Verweisung in den zuständigen Fachausschuss abgestimmt würde.

Bürgermeister Niehues begrüßte den Antrag der CDU auf verstärkte interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Billerbeck und erklärte, mit der Stadt Billerbeck diesbezüglich Kontakt aufzunehmen. Ratsmitglied Steindorf schlug vor, diesen Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18 Antrag der WIR-Fraktion vom 30.08.2005 auf Sachstandsbericht zu den Auswirkungen hinsichtlich der verspätet vorgelegten Abschlüsse für das Abwasserwerk

Vorlage: VII/197

Ratsmitglied Neumann begründete den Antrag seitens der WIR-Fraktion mit dem Wunsch, Aufklärungsarbeit zu betreiben und ggf. zum Tragen kommende Haftungsmöglichkeiten zu prüfen. Er schlug eine Beratung im Rat vor. Dieser Auffassung schloss sich Ratsmitglied Branse an.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der WIR-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den Werksausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

19 Antrag der WIR-Fraktion vom 30.08.2005 auf Ermittlung des Betreuungsbedarfes an der Nikolaus-Grundschule Holtwick

Vorlage: VII/198

Für die WIR-Fraktion begründete Ratsmitglied Mensing den Antrag und verwies auf den Zeitdruck, der vorhanden sei, um eine zeitnahe Lösung zu finden. Aus diesem Grund hielt er es für sinnvoll, wenn die Verwaltung schon vor der Beratung im Fachausschuss mit der Durchführung einer Abfrage beauftragt werden könnte.

Ratsmitglied Haßler wies darauf hin, dass der jeweilige Schulleiter im November 2005 turnusgemäß eine Abfrage im Rahmen der Schüleranmeldungen vornehme.

Bürgermeister Niehues erklärte sich bereit, die Abfrage von der Verwaltung durchführen zu lassen, falls ein entsprechender Beschluss gefasst werde.

Ratsmitglied Henken schlug vor, in der nächsten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses die Ergebnisse der Abfragen der Schulleiter auszuwerten.

Der Rat fasste anschließend folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der WIR-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den Schul- und Bildungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

20 Antrag der WIR-Fraktion vom 30.08.2005 auf Optimierung des Bodenbelages der Skater-Anlage
Vorlage: VII/199

Ratsmitglied Neumann erläuterte die Hintergründe für die gestiegenen Kosten für die geplante Anbringung eines neuen Bodenbelages der Skater-Anlage.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der WIR-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den Schul- und Bildungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2005 auf Optimierung der Bekanntgabe amtlicher Nachrichten
Vorlage: VII/200

Ratsmitglied Weber begründete den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und äußerte die Auffassung, dass eine Auslage der Amtsblätter der Gemeinde Rosendahl im Rathaus sowie in den Banken in der Gemeinde Rosendahl zur Information der Bürger nicht ausreiche und durch eine Veröffentlichung in einem Wochenblatt ergänzt werden solle.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

22 Mitteilungen

22.1 Bekanntgabe der Ergebnisse der Bundestagswahl 2005

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass das vorläufige amtliche Endergebnis der Bundestagswahl am 18. September laut Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes noch in der Wahlnacht veröffentlicht werde. Eine Präsentation der örtlichen Wahlergebnisse erfolge daher wie bisher am Wahlabend im Foyer des Rathauses.

22.2 Schulung zum NKF für Ratsmitglieder

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die seitens des Rates gewünschte Schulung zum „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ am Donnerstag, den 29. September 2005, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses durchgeführt werde. Hierzu seien alle Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger und Bürgerinnen eingeladen. Es sei beabsichtigt, in der Informationsveranstaltung die rechtlichen Grundlagen, die Veränderungen in der Haushaltsplanung und Rechnungslegung sowie die sonstigen praktischen Auswirkungen umfassend darzustellen und zu erläutern.

22.3 Ergänzung der Radwegbeschilderung in Darfeld

In Beantwortung einer Anfrage von Ratsmitglied Fliß in der Ratssitzung vom 30.06.2005 wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass im Ortsteil Darfeld im Kreuzungsbereich Mohnweg/Billerbecker Straße die Radwegbeschilderung durch zwei Richtungspfeile ergänzt worden sei.

22.4 Neuer Briefkastenstandort in Osterwick

Dem von Ratsmitglied Löchtfeld in der letzten Ratssitzung geäußerte Wunsch auf Umsetzung des Postbriefkastens vom Rathaus in Osterwick an einen geeigneteren Standort sei auf Anregung der Gemeinde durch die Post entsprochen worden. Der neue Standort befände sich nun an der Hauptstraße beim Elektrogeschäft Köning.

22.5 Bericht über den Beginn und Verlauf von Investitionsmaßnahmen

Der Quartalsbericht über den Beginn und Verlauf von Investitionsmaßnahmen wurde den Ratsmitgliedern in einer Übersicht ausgehändigt.

23 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 Gescho

23.1 Protokollergänzung zur Sitzung des Planungs-, Bau- u. Umweltausschusses vom 01.09.2005 - Herr Steindorf

Ratsmitglied Steindorf bemängelte, dass im Protokoll zur letzten Planungs-, Bau-

und Umweltausschusssitzung die Aussage von Bürgermeister Niehues, dass der jetzige Bebauungsplan eine Nutzung des Gräfteninnenbereiches des Torhauses Holtwick als Streuobstwiese nicht zulasse, fehle.

Bürgermeister Niehues bestätigte dies und nahm die Protokollergänzung zur Kenntnis.

23.2 Verkürzung der Dauer von Rats- und Ausschusssitzungen - Herr Steindorf

Ratsmitglied Steindorf regte an, die Dauer von Ausschuss- und Ratssitzung nach Möglichkeit stärker zu begrenzen und für Sonderthemen - wie beispielsweise die Vorstellung der Pestel-Studie - Sondersitzungen anzuberaumen.

Bürgermeister Niehues nahm diese Anregung zur Kenntnis, gab jedoch zu bedenken, dass sich die Anzahl der Sitzungen dann noch weiter erhöhen werde.

23.3 Bautätigkeit im Bereich des Bebauungsplanes "Querstraße" in Holtwick - Herr Wünnemann

Ratsmitglied Wünnemann fragte an, ob nach Änderung des Bebauungsplanes „Querstraße“ im Ortsteil Holtwick eine Bautätigkeit zu verzeichnen sei.

Bürgermeister Niehues sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Beantwortung:

Mit Datum vom 04.07.2005 wurde der Neubau einer Wohnanlage mit 15 Wohneinheiten (barrierefreies Seniorenwohnen) durch den Kreis Coesfeld genehmigt. Am 17.08.2005 wurde der Antrag auf Abbruch der Gebäude mit der gemeindlichen Stellungnahme an den Kreis Coesfeld weitergeleitet. Eine Abbruchgenehmigung liegt zur Zeit noch nicht vor.

23.4 Zahl der nicht gemeldeten Einwohner in Rosendahl - Herr Schröder

Ratsmitglied Schröder fragte nach der Zahl der Einwohner Rosendahls, die möglicherweise melderechtlich nicht erfasst seien.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass es sich hier nur um wenige Einzelfälle handeln könne. Sobald ein entsprechender Hinweis auf einen dauerhaften Wohnsitz in Rosendahl vorläge, würden die betreffenden Personen zur Meldung aufgefordert. Kommen diese der Aufforderung nicht nach, würde ein ordnungsrechtliches Bußgeldverfahren eingeleitet.

23.5 Sachstand zum Windfeld COE 01 - Herr Kuhl

Ratsmitglied Kuhl fragte an, ob aufgrund der geänderten Vorschriften seitens der neuen Landesregierung zum Bau von Windenergieanlagen neue Erkenntnisse bezüglich des Windfeldes COE 01 vorlägen.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass hierzu noch kein Bericht gegeben werden könne, eine entsprechende Berichterstattung aber in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses erfolgen werde.

23.6 Einbindung der Gemeinde im Rahmen des Abbaus von Bahnschranken - Herr Niehues

Ratsmitglied Niehues erkundigte sich, in welchem Rahmen die Gemeinde bei der Veränderung von Bahnsicherungsanlagen seitens der Deutschen Bahn AG durch diese eingebunden würde.

Fachbereichsleiter Gottheil erklärte, dass die Gemeinde im Vorfeld beteiligt würde, wenn die Anlagen auf gemeindlichem Grund lägen. Dann würde eine Einverständniserklärung der Gemeinde eingeholt. Etwaige Kostenbeteiligungen würden aber seitens der Gemeinde grundsätzlich abgelehnt.

23.7 Sachstand zum neuen Elektronikschrottgesezt - Herr Weber

Ratsmitglied Weber erkundigte sich nach den Auswirkungen des neuen Elektro- und Elektronikgerätesgesetzes NRW (ElektroG) auf die Gemeinde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass hierzu in der nächsten Sitzung ein entsprechender Bericht mit Informationen zur neuen Gesetzeslage vorgesehen sei.

23.8 Sachstand zur Umsetzung von Hartz IV - Herr Weber

Ratsmitglied Weber erkundigte sich nach dem Sachstand zur Umsetzung von Hartz IV in der Gemeinde Rosendahl.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass hierzu in der nächsten Sitzung ein entsprechender Bericht erfolgen werde.

23.9 Sachstand zur Mittelinsellösung auf der "Midlicher Straße" in Osterwick - Frau Everding

Ratsmitglied Everding erkundigte sich nach dem Sachstand bezüglich der geplanten Mittelinsellösung auf der „Midlicher Straße“ in Osterwick.

Bürgermeister Niehues verwies auf den diesbezüglichen Antrag der CDU-Fraktion,

dieses Thema in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses erneut zu beraten.

23.10 Gefahrenpunkt an der Kreuzung "Bülten/Schöppinger Str." in Osterwick - Herr Neumann

Ratsmitglied Neumann wies auf einen Gefahrenpunkt im Kreuzungsbereich „Bülten/„Schöppinger Straße“ hin, der durch eine Aufwulstung im Straßenbelag entstanden sei.

Bürgermeister Niehues sagte eine Prüfung zu, da es sich hierbei um einen gemeindlichen landwirtschaftlichen Weg handle.

24 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO

24.1 Pflasterreparatur in Osterwick-Höven - Herr Hannig

Herr Hannig berichtete, dass in Osterwick-Höven ein Bürgersteig aufgenommen und neu verlegt worden sei. Der Bürgersteig auf der gegenüberliegenden Seite habe aber ebenso eine Absackung und sollte ausgebessert werden.

Bürgermeister Niehues sagte eine Erledigung zu.

24.2 Querrisse in der Straße in Osterwick-Höven - Herr Hannig

Herr Hannig berichtete von Querrissen auf einer Straße in Osterwick-Höven und schlug vor, diese noch vor dem Frost im Winter zu beseitigen.

Bürgermeister Niehues sagte eine Erledigung zu.

24.3 Weitere Vorgehensweise zur Gestaltung des Gräfteninnenbereiches in Holtwick - Herr Stroot

Herr Stroot fragte nach der weiteren Vorgehensweise bezüglich der Gestaltung des Gräfteninnenbereichs am Torhaus von Haus Holtwick. Die Berichterstattung zur diesbezüglichen Diskussion im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss hätte von einigen Bürgern nicht nachvollzogen werden können.

Bürgermeister Niehues verwies auf den Auftrag des Ausschusses an die Verwaltung

zur Prüfung der Möglichkeiten zur Reduzierung des Regenrückhaltevolumens dieses Bereichs. Hierüber würde in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses in öffentlicher Sitzung berichtet.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters
Schriftführer/in